



DIETER FRANZ
LOTHAR QUANZ
MITGLIEDER DES HESSISCHEN LANDTAGS

HESSISCHER LANDTAG
SCHLOSSPLATZ 1-3
65183 WIESBADEN

Pressemitteilung

Wiesbaden, 28. Januar 2016

SPD will Eltern von Kitagebühren schrittweise entlasten

Dieter Franz und Lothar Quanz begrüßen Gesetzentwurf im Landtag

Die SPD-Landtagsabgeordneten Dieter Franz und Lothar Quanz haben den von der SPD vorgelegten ersten Gesetzentwurf zur Förderung von Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung begrüßt. „Wir wollen die Familien in Hessen bei den Angeboten der frühen Bildung schrittweise entlasten und schlagen dafür einen entsprechenden Stufenplan vor. Dazu hat die SPD-Landtagsfraktion einen ersten Gesetzentwurf in den Hessischen Landtag eingebracht.

Kitagebühren können tiefe Löcher in das Budget junger Familien reißen. Die kommunalfeindlichen Kürzungen bei den Finanzausweisungen durch die CDU-geführten Landesregierungen der letzten Jahre haben zahlreiche Kommunen gezwungen, bestehende Gebühren immer weiter anzuheben. Eine hessische Familie mit zwei kleinen Kindern muss häufig vierstellige Beträge für die Kinderbetreuung aufwenden. Das muss beendet werden, Familien müssen in Hessen zu den Gewinnern des neuen Länderfinanzausgleichs werden und Hessen insgesamt familienfreundlicher. Einen ersten Schritt wollen wir bereits im Jahr 2017 machen“, teilen Franz und Quanz mit.

Die SPD sehe in der frühkindlichen Bildung einen wichtigen Schlüssel zum Bildungserfolg eines Kindes. Der Zugang zu Bildung solle grundsätzlich kostenfrei sein, um Chancengleichheit sicherzustellen. „Wir wissen, dass Gebühren eine Zugangsbarriere sind. Es geht der SPD deshalb um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. In keinem anderen Land ist der Bildungserfolg so abhängig vom Geldbeutel der Eltern wie in Deutschland. Das wollen wir ändern und dazu gehören kostenfreie Bildungsangebote von der Krippe über Kindertagesstätten und Schulen bis zur Universität. Die Kitas sind heute viel mehr als reine Betreuungseinrichtungen. Dort findet frühkindliche Bildung statt, Kinder erwerben Wissen und Kenntnisse und lernen den sozialen Umgang miteinander“, erklären die beiden SPD-Politiker.

Die SPD strebe an, dass bereits mit dem kommenden Haushaltsjahr die Eltern von Gebühren für den Halbtagsplatz im zweiten Kindergartenjahr analog zu den derzeitigen Regelungen für das letzte Kindergartenjahr entlastet werden. Die komplette Entlastung der Eltern von Gebühren für die Angebote der frühen Bildung

könnten dann mit einem Einstieg in der Freistellung im ersten Kindergartenjahr für einen Halbtagsplatz, danach eine Freistellung im Bereich U3 für einen Halbtagsplatz und schließlich über eine komplette Freistellung auch für Ganztagsplätze erfolgen.

„Wir halten diese stufenweise Abschaffung der Gebühren für einen gangbaren und verantwortungsvollen Weg. Wir sehen darin auch einen Beitrag zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, weil Frauen ihre Möglichkeiten zum Wiedereinstieg beziehungsweise Verbleib im Beruf verbessern können“, erläutern Franz und Quanz.

Die beiden SPD-Abgeordneten bekräftigten, dass der Konsens der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs zu einer deutlichen finanziellen Entlastung Hessens führen werde. Ministerpräsident Bouffier habe bereits vor der letzten Landtagswahl 2013 versprochen, dass er diese finanzielle Entlastung Hessens für die Gebührenfreiheit für den Besuch von Kindertagesstätten nutzen wolle. „Wir nehmen den Ministerpräsidenten beim Wort und fordern sein Versprechen von damals ein. Wenn Spielräume durch den neuen Länderfinanzausgleich da sind, müssen sie genau dazu auch genutzt werden“, so Franz und Quanz abschließend.